Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Erscheinungstagen Postboten und unsere Austräger zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 254. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck Dresden 2640 Freitag, den 29 Oktober 1926

Konfliktsstoff im Reichstag.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Verfassungsgemäß hat der Reichstag am ersten Dienstag im November zusammenzutreten; in der nächsten Woche werden demgemäß die Verhandlungen beginnen nach einer Pause, die fast fünf Monate beträgt.

An der innenpolitischen Situation hat sich inzwischen, vom parteipolitischen Standpunkt aus gesehen, äußerlich nichts geändert. Der Versuch, im Reich eine Große Koalition herzustellen, also die parlamentarische Basis der Regierung Marx nach links zu erweitern, ist vorläufig ebenso gescheitert wie die Absicht der deutschnationalen Rechten, sich der Regierung zu nähern. Über die preußischen Verhandlungen sind die Koalitionspläne zunächst gestolpert; es wird freilich nicht an sofortigen Bemühungen fehlen, neue Verhandlungen anzuknüpfen, obwohl die Deutsche Volkspartei der Ansicht ist, daß die Regierungskoalitionen im Reich und in Preußen ebensowenig notwendig identisch sein müssen, wie sie es bisher waren.

Während aber in Preußen die bestehende Weimarer Koalition eine wenn auch nur ganz kleine Mehrheit hat, ist die Regierung Marx im Reich ja eine ausgesprochene Minderheitsregierung, kann also über Nacht gestürzt sein, wenn die Gesamtopposition in irgendeiner Frage einmal zusammengeht und dann über die Mehrheit verfügt. Nun ist aber im allgemeinen eine deutsche parlamentarische Opposition — ebenso auf der Rechten wie auf der Linken — nur in sehr seltenen Fällen zu einem solchen Experiment zu haben; der Sturz Dr. Luthers bildet eine Ausnahme und die Drohung mit einer allen Parteien unangenehmen Reichstagsauflösung ist ein starker Trumpf in der Hand der Regierung. Die parlamentarische Entwicklung der nächsten Wochen erst wird auch die parteipolitische Konstellation beeinflussen.

Diese Entwicklung birgt allerhand Gefahren in sich. Hohenzollernabfindungsgesetz nebst dem bekannten sozialdemokratischen Zusatzantrag, der Kampf um die Erwerbslosenfürsorge und um die auswärtige Politik, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag und anderes mehr enthält Konfliktsstoffe genug. Außerdem hat der Reichstagspräsident Löbe erklärt, daß er mit der Absicht umgehe, eine grundlegende Änderung der Geschäftsordnung zu beantragen, weil oder wenn die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichen, um derartige Szenen zu verhindern, wie sie sich vor kurzem im Preußischen Landtag abspielten. Der Präsident darf nämlich grobe Unruhestifter und „schlagfertige" Abgeordnete nur für einen Tag von der Sitzung ausschließen. Bemerkt sei, daß der Vorsitzende der Essener Stadtverordnetenversammlung das Recht hat, jeden renitenten Stadtverordneten, der auf seine Aufforderung hin den Saal nicht sofort verläßt, auf acht Wochen auszuschließen mit Verlust der Straßenbahnfreikarte und der Entschädigungen. Und wenn das noch nicht hilft, dann kann durch einen einfachen Beschluß der Versammlung Ausschluß auf die Dauer der Sitzungsperiode erfolgen.

Der Grundgedanke Löbes wird wohl von den bürgerlichen Parteien gebilligt werden, aber derartige Änderungen der Geschäftsordnung haben stets zu den erbittertsten parlamentarischen Kämpfen geführt, weil sich die Minderheit immer für „vergewaltigt" erklärte. Da scheut man denn die agitatorische Rückwirkung auf gewisse Teile des Volkes. Daß derartige Verschärfungen trotzdem notwendig sind, noch viel notwendiger werden können, muß der vor allem einsehen, der nicht will, daß der Parlamentarismus sonst in die Gefahr des Selbstmordes gerät. So manches an ihm und seinem Betrieb ist ja noch verbesserungsfähig, und Löbe wies auch auf entsprechende Anregungen hin, die vor allem dem parteipolitischen Leerlauf entgegenwirken, eine strengere Konzentration auf wirkliches Arbeiten herbeiführen wollen. Was hierin geschehen wird, das wird gleichfalls erst von der Entwicklung der nächsten Wochen abhängen.

Keine Verstimmung Amerikas gegen Deutschland.

Eine offiziöse Auslassung.

„Associated Preß" meldet aus Washington: In Regierungskreisen ist man überrascht über die im Auslande veröffentlichten Nachrichten, daß Amerika gegen Deutschland verstimmt sei wegen der geplanten Auflegung von deutschen Eisenbahnbonds und der Bildung des europäischen Stahlkartells. Das Staatsdepartement und das Schatzamt erklärten, daß die amerikanische Regierung über die beiden Vorschläge nicht befragt worden sei. Das Weiße Haus gab keine Erklärung ab. Das Staatsdepartement erklärte ausdrücklich, daß es nur durch Pressenachrichten Kenntnis von dem Stahlkartellplan erhalten habe. Das Schatzamt äußerte, es sehe keinen Grund, warum es über den Trustplan hätte befragt werden sollen. Der Plan einer Auflegung von deutschen Eisenbahnbonds sei in England durchkreuzt worden, ehe er der amerikanischen Regierung vorgelegen habe. In Regierungskreisen wird betont, daß die Londoner und Pariser Meldungen über eine amerikanische Verstimmung keinerlei berechtigte Grundlage haben. Es wird dagegen angedeutet, daß hier einige Verstimmung bestand über das kürzliche Bestreben der britischen und der französischen Presse, den Vereinigten Staaten die Verantwortung für ein mögliches Scheitern von Vereinbarungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung zuzuschieben.

Die Frage der Rüstungskontrolle.

Internationale Ueberwachung der Rüstungen.

Beschlüsse in Genf.

Der gemischte Ausschuß, der von der Vorbereitenden Konferenz für die Abrüstung mit der Prüfung der wirtschaftlichen Seite des Problems beauftragt wurde und der in Paris seit dem 19. Oktober getagt hat, hat seine Arbeiten beendet. Nach der Agentur Havas hat er sich mit folgenden Fragen beschäftigt:

1. Prüfung der Methoden, die geeignet sind, die Anwendung des Völkerbundstatuts sicherzustellen. Hier werde die Schaffung eines ständigen Organs vorgeschlagen, das die Aufgabe habe, alles, was die Anwendung des Völkerbundstatuts betreffe, unter statistischen Gesichtspunkten zu sammeln und zu prüfen. Es handle sich um die Frage der Rüstungskontrolle. Hier sei der Ausschuß der Ansicht, daß unter gewissen Vorbehalten eine sogar internationale Überwachung der Rüstungen und der Herstellung von Kriegsmaterial zulässig sei.

2. Prüfung der Möglichkeit, den Rüstungsstand der verschiedenen Staaten durch Vergleichung ihrer militärischen Ausgaben festzustellen, sowie Prüfung der allgemeineren Frage einer Beschränkung der Streitkräfte durch eine Beschränkung des Militärbudgets. Der Ausschuß habe die Ansicht vertreten, daß das Studium der Budgets bei der gegenwärtigen Lage nicht als Grundlage für die Rüstungsbeschränkungen dienen könne. Eine Einschränkung des Budgets würde das Ergebnis von Vereinbarungen zwischen den kontrahierenden Staaten sein müssen. Doch würde diese Beschränkung nur wirksam sein als Folge der Beschränkung der militärischen Elemente, d. h. des Materials und der Mannschaften.

3. Prüfung des Einflusses der wirtschaftlichen Elemente auf die Rüstungen und auf die Kriegsstärke. Als wirtschaftliche Elemente wurden aufgeführt: die Zahl der Einwohner, die Hilfsquellen an Rohstoffen, Nahrungsmitteln, und sonstigen Produkten. Wichtig seien Umfang und Natur der Verkehrsmittel und schließlich die finanziellen Mittel eines Landes, von denen die Möglichkeit der Kriegführung abhänge.

Der Ausschuß stellt fest, daß mangels einer Organisierung der Weltwirtschaft eine regionale Organisation wirksam zur Sicherheit und infolgedessen zur Erleichterung der Abrüstung beitragen könne.

Frankreichs Sicherheiten.

Der frühere Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission und Mitglied des französischen Obersten Kriegsrats, General Nollet, kam bei einem Frühstück des Englisch-Französischen Frühstücksklubs in London auch auf die Rüstungsfrage zu sprechen. General Nollet führte hierbei aus: Die Tatsache, daß Nationen sich nicht länger auf Söldnerheere verließen, mache die Bestimmung des Ausdrucks „Abrüstung" schwierig, was durch das, was in Genf stattgefunden habe, bewiesen worden sei. Tatsächlich könne eine Nation nicht länger zur Impotenz verurteilt werden, wenn diese Nation beträchtliche industrielle Hilfsquellen besitze, die rasch die Herstellung von Munition ermöglichen, und wenn außerdem diese Nation sowohl quantitativ wie auch qualitativ genügend „Menschenmaterial", wie man es in Deutschland nenne, zur Verfügung habe.

Nollet fragte, was Frankreich als Sicherheit habe, und erklärte, es halte weiterhin einen Teil des Rheins besetzt und es sei wohlbekannt, welche Bedeutung die französische öffentliche Meinung dieser Besetzung beimesse. Sie grenze an die entmilitarisierte Zone, die sie isoliere und ihr eine insulare Lage gebe. Aber dieser Schutz könne nur seinen vollen Wert haben, wenn eine Überwachung bestehe. Andererseits sei Frankreich des Vorteils des Garantiepaktes beraubt, der im Falle eines neuen Konfliktes die Streitkräfte Amerikas und Großbritanniens Seite an Seite mit seinen eigenen gestellt hätte. General Nollet gab seinem Optimismus für die Zukunft Ausdruck und schloß dann unter Beifall: „Ich glaube, daß unsere beiden großen Länder weiterhin Hand in Hand gehen werden. Wir müssen das Spiel bis zu seinem Ende spielen, solange der angerichtete Schaden noch nicht wieder gutgemacht und wenn das gemeinsame Ziel noch nicht erreicht ist. Interessen und Gefühle verlangen die Freundschaft Frankreichs und Großbritanniens.

Die Unterredung Briand—Hoesch.

Paris, 28. Oktober. Die angekündigte Unterredung zwischen Briand und dem deutschen Botschafter von Hoesch fand nachmittags von 4,30 bis 6 Uhr statt und trug einen sehr intimen Charakter. Obgleich das Resultat der Unterredung als keineswegs sensationell zu bezeichnen ist und daß von deutscher Seite ausgegebene Kommunique sich in sehr allgemeinen Redensarten bewegt, darf ihre Bedeutung nicht unterschätzt werden. Die Unterhaltung war erneut dem gesamten Fragenkomplex gewidmet, der sich aus den Verhandlungen über eine deutsch-französische Verständigung ergibt. Die Unterredung knüpfte an die Zusammenkunft vom Freitag der letzten Woche an und war ihrer Gesamtdisposition nach vom deutschen Standpunkt durchaus befriedigend. Im Laufe der Unterhaltung wurden von beiden Seiten die großen Schwierigkeiten nicht verschwiegen, die einer deutsch-französischen Verständigung im Wege stehen und eine leichte und schnelle Lösung erschweren. Bevor die Stellungnahme der französischen Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens nicht endgültig feststeht, bevor die Kammer sich nicht zu der auswärtigen und Finanzpolitik der Regierung Poincaré geäußert hat, werden die deutsch-französischen Verhandlungen stets unter der Unsicherheit der französischen Presse leiden. Wenn man, wie es im Kommunique heißt, nach Lösungsmöglichkeiten gesucht hat, so sind hierunter anscheinend diejenigen wirtschaftlichen Probleme zu verstehen, die die Basis für die deutsch-französische Verständigung bilden sollen. Die Besprechung wird Anfang nächster Woche fortgesetzt werden. **Der Verlauf der heutigen Unterredung gibt keinerlei Anlaß zu besonderem Optimismus.** Immerhin kann man aber mit Befriedigung feststellen, daß Briand erneut den guten Willen zur Schau getragen hat, der ihn seit den Tagen von Thoiry leitet.

Bayerns Verhältnis zum Reich.

Dr. Held über Staat und Wirtschaft.

In der Vollsitzung des Wirtschaftsbeirats der Bayerischen Volkspartei nahm Ministerpräsident Dr. Held das Wort und erklärte u. a. zur Anschlußfrage, daß auf dem Wege der Wirtschaft der Anschlußgedanke am ehesten verwirklicht werden könnte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verbindung zwischen Deutschland und Österreich sich immer inniger gestalten möchte.

Dr. Held kam darauf auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft zu sprechen. Er sagte hierbei: Die Wirtschaft kann nicht der Staat sein, die Staatsidee, der staatspolitische Gedanke geht viel weiter und ergreift alle Stände und Interessen. Die Staatsautorität muß die erste Voraussetzung dafür sein, daß jede einzelne Wirtschaftsgruppe sich zur Geltung bringen kann. Ich würde es begrüßen, wenn gerade vom Wirtschaftsbeirat der Bayerischen Volkspartei im Gegensatz zu manchen Wirtschaftsgruppen im Reiche der Staatsgedanke an die erste Stelle gesetzt würde. Wenn man die Staatswirtschaft und die Privatwirtschaft glaubt an die Stelle des Staates setzen zu können, dann verfällt alles unrettbar in einen heillosen Materialismus. Wir stehen, so schloß der Ministerpräsident, in einem schweren Kampfe um die Erhaltung unserer Eigenstaatlichkeit. In diesem Kampfe kann die Wirtschaft nicht beiseite stehen, und gerade die bayerische Wirtschaft hat ein Lebensinteresse daran, in diesem Kampf an der Seite des Bayerischen Staates zu stehen. Wir gehen nicht gegen das Reich. Wir in Bayern sind ebensogute Deutsche als irgend jemand im Norden. Wenn wir den föderalistischen Gedanken hochhalten, so sind wir uns bewußt, daß wir mindestens ebensogut für das Reichsganze sorgen wie andere Leute, welche glauben, diese Sorge in Erbpacht zu haben."

Danzigs neue Regierung.

Neuwahl des Danziger Senats.

Im Volkstag ist die neue Danziger Bürgerblockregierung gewählt worden. Nach dem Rücktritt der Linkskoalition haben sich die Deutschnationalen, das Zentrum, die Liberalen und die Beamtengruppe zu einer Regierung zusammengeschlossen, die sich allerdings nur auf die knappe Mehrheit von 62 Stimmen bei 120 Abgeordneten stützt. Zum Vizepräsidenten des neuen Senats wurde der deutschnationale Fabrikbesitzer und Landesbaurat a. D. Riepe mit 60 von 66 abgegebenen Stimmen der Koalitionsparteien gewählt. Sämtliche Oppositionsparteien, also die Danziger Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Polen, beteiligten sich nicht an der Wahl. Hierauf erfolgte die Wahl der übrigen 13 Senatoren, die ebenfalls etwa 60 Stimmen erhielten; es wurden gewählt: 6 Deutschnationale, 4 Zentrumskandidaten, 2 Liberale und 1 Beamtenvertreter.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF